

JUGENDLICHEN PERSPEKTIVEN ERÖFFNEN



Die Landesregierung hat die Verteilung der zusätzlichen Ausbildungsplätze aus dem neuen **Ausbildungsprogramm** des Landes für Jugendliche mit mehreren Vermittlungshemmnissen konkretisiert. Die NRW-Koalition setzt auf klare Programmlinien statt auf Aktionismus. Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf der zielgerichteten Unterstützung von jungen Menschen, damit sie Zukunftsperspektiven erhalten und Verantwortung für sich übernehmen können. Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Mit dem neuen Ausbildungsprogramm werden zusätzliche **Ausbildungsplätze** gefördert. Ich freue mich, dass damit auch im Kreis Heinsberg 24 bzw. im Kreis Düren 36 Jugendlichen eine zusätzliche Perspektive eröffnet wird.

PINKWART IN HEINSBERG



NRW-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart war Anfang Mai zu Gast beim **Unternehmerforum** der Kreissparkasse und Wirtschaftsförderungsgesellschaft Heinsberg. Er stellte bei seinem Vortrag die Bedeutung des Austausches zwischen Unternehmer, Wissenschaft, Forschung und Politik heraus. Erfolgreiche Unternehmer haben diese Art des Austausches schon immer gepflegt. Mit Coworking-Angeboten, werde dies nun institutionalisierter und professioneller. Im Anschluss waren wir noch zu Gast in der **Werkbank**, dem Coworking-Space des Kreissparkasse.

BERUF UND FAMILIE



Angehende **Lehrer** sollen ihren Vorbereitungsdiens bald auch in Teilzeit absolvieren können. Mit der Entscheidung der Landesregierung wird auch unseren Nachwuchslehrkräften die Möglichkeit gegeben, bereits während der **Ausbildung** ihren familiären Aufgaben besser nachkommen zu können. Das ist ein wichtiges Signal an junge Familien, die arbeiten und Kinder haben wollen.

IM PLENUM: INTEGRATIONSSTRATEGIE 2030



Wir werden mit der **Integrationsstrategie 2030** ein echtes Integrationskonzept für unser Land erarbeiten. Ein wesentlicher Schritt ist dabei die Einrichtung eines Beirates, um sowohl die Akteure der Zivilgesellschaft – Verbände, Migrant*innenorganisationen und Ehrenamt – wie auch staatliche Stellen einzubinden. Wir wollen die Menschen, die zu uns kommen, bei der Integration fördern. Wir fordern aber auch Integrationsanstrengungen ein. Dabei setzen wir auf mehr Verbindlichkeit gerade im Hinblick auf die Vermittlung von Sprache, Bildung und Arbeit sowie eine aktive Wertevermittlung. Ein Schwerpunkt stellt für uns die Integration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive in **Ausbildung und Arbeitsmarkt** dar. Dazu zählen verpflichtende Bildungsangebote für Flüchtlinge unter 25 Jahren ohne Bildungsabschluss wie auch die Unterstützung der beruflichen Ausbildung von Flüchtlingen. Wir wollen als NRW-Koalition ein Zeichen setzen mit einer Bundesratsinitiative für ein Einwanderungsgesetz.

IM PLENUM: INTEGRATION STATT AUSGRENZUNG



Der Landtag debattierte auf Antrag der Grünen über die Monitoring-Stelle zur **UN-Behindertenrechtskonvention**. Die Intention der Antragsteller ist klar: Sie wollten sich zur Anhörung der behindertenpolitischen Verbände aus NRW durch die Monitoring-Stelle als deren vermeintlicher Sachverwalter präsentieren. Die Monitoring-Stelle ist in Ihrer Arbeit völlig unabhängig. Sie plant am Ende des Sommers einen ersten Bericht zur Lage in NRW zu veröffentlichen. Ein Konzept zur Neuausrichtung der **Inklusion** in den Schulen werden wir in den kommenden Monaten vorlegen. Ich denke jedenfalls, dass unsere Schulministerin mit ihrer realistischen Inklusionspolitik auf dem richtigen Weg ist.

KLEINES RATHAUS MÜLHEIM



Mit meinem Kollegen Christian Mangen war ich zu Besuch im **'Kleinen Rathaus'** in Mülheim. Das kleine Rathaus stellt eine Vielzahl von behördlichen Angeboten für **Flüchtlinge** zur Verfügung. Dadurch ist eine enge Betreuung ab dem ersten Tag möglich. Zusammen mit dem Team der 'Perspektive Ausbildung + Arbeit' wird bereits zu diesem frühen Zeitpunkt der Integration damit begonnen den Flüchtlingen Sprachkurse und Arbeitsmöglichkeiten zu vermitteln. Der direkte Kontakt zu den Flüchtlingen, sowie die kurzen Wege ermöglichen eine gelungene und schnelle Integration.

KOMMUNALER STRAßENBAU



Die Landesregierung hat das Programm zur Förderung des kommunalen **Straßenbaus** 2018 veröffentlicht. Vor der Wahl hat die FDP versprochen, die Verkehrspolitik im Land neu auszurichten. In Regierungsverantwortung wird jetzt Schritt für Schritt die rot-grüne Blockade der **Verkehrspolitik** in Nordrhein-Westfalen aufgelöst – auch im Kreis Heinsberg und im Kreis Düren. Das Land investiert deutlich mehr in den kommunalen Straßenbau. So können wir jetzt im Kreis Heinsberg und im Kreis Düren die Straßen modernisieren. Hier werden insgesamt 2,78 Millionen Euro vom Land investiert.

IM PLENUM: FAIRNESS BEI DER MITTAGSVERPFLEGUNG

Der Landtag befasste sich auf Antrag der SPD mit der Mittagsverpflegung im Rahmen des **Bildungs- und Teilhabepaketes** (BuT). Das von der damaligen CDU-FDP-Bundesregierung auf den Weg gebrachte Bildungs- und Teilhabepaket war ein wichtiger Schritt. Das BuT unterstützt so gezielt die Teilhabe von rund 2,5 Millionen Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Bei der Mittagsverpflegung ist der Eigenanteil von einem Euro aus guten Gründen eingeführt worden. Wir sehen aber auch, dass der Eigenanteil in der Praxis zu einem hohen Aufwand bei Abrechnung und Einzug des Geldes führt. Der von NRW initiierte Beschluss der Sozialministerkonferenz enthält umfassende Forderungen zur **Entbürokratisierung** des BuT. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der auch diese Forderungen enthält.



IM PLENUM: KOMMUNEN WIRKSAM ENTLASTEN



Der Landtag debattierte über die Entlastung der Kommunen bei den Aufwendungen für **Geduldete**. Wir wollen Rückführungen erleichtern, Geduldete mit geringer Bleibeperspektive in den Landeseinrichtungen unterbringen und gar nicht erst auf die Kommunen verteilen. Wir werden die Finanzierung der flüchtlingsbedingten Aufwendungen der Kommunen neu regeln. Ich vermute, dass bei der Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes auch die monatlichen Pauschalen erhöht werden. Mit dem **Stufenplan** der Landesregierung werden wir die Kommunen hinsichtlich der Verteilung und Unterbringung von Flüchtlingen weiter entlasten. Mit dieser klar strukturierten Politik werden wir am Ende auch die Kommunen bei den Aufwendungen für Geduldete entlasten.

OFFENE JUGENDARBEIT



Die Landesregierung stellt in diesem Jahr insgesamt fast 31 Mio. Euro für die offene Kinder- und **Jugendarbeit** zur Verfügung.

Der Kreis Heinsberg und die Jugendämter seiner Kommunen erhalten davon insgesamt 294.441 €, an Stadt und Kreis Düren gehen 352.834 €. Wir räumen den Kindern damit mehr Chancen ein, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein unverzichtbarer Pfeiler der Familienpolitik der NRW-Koalition. Das Ziel, Kinderarmut zu bekämpfen und **Chancengerechtigkeit** herzustellen, erreichen wir nur mit einer guten Vernetzung starker Akteure.

NEUER GPA-PRÄSIDENT

Heinrich **Böckelühr** ist seit Oktober 2017 Präsident der Gemeindeprüfungsanstalt.

Kürzlich hatten wir in der FDP-Landtagsfraktion die Möglichkeit uns mit Herrn Böckelühr auszutauschen.



Gemeinsam mit unserem kommunalpolitischen Sprecher, Henning Höne, und unserem Obmann im Kommunalausschuss, Stephen Paul, habe ich an dem Dialog teilgenommen. Der neue Präsident legt seinen Schwerpunkt besonders auf den Dialog mit und die **Hilfestellung** für Kommunen. Als ehemaliger Bürgermeister weiß er, wo den Kommunen der Schuh drückt.

IM PLENUM: LÖSUNGEN STATT "ERKLÄRUNGEN"

Die selbsternannte Alternative beantragte, sich der so genannten 'Gemeinsamen Erklärung 2018' anzuschließen. Dabei geht es um wichtige Fragen: den Schutz der europäischen Außengrenzen einerseits und den Schutz von Menschenleben andererseits. Die Herausforderungen der europäischen und deutschen **Flüchtlingspolitik** lassen sich aber sicher nicht in zwei Zeilen fassen, wie die "Erklärung" dies tut. Der Antrag stellt eine grobe Vereinfachung dar, bietet keinen einzigen Lösungsvorschlag, operiert mit fragwürdigen Zahlen und will eine politische Debatte juristisch austragen. Als NRW-Koalition stellen wir uns den Herausforderungen der Migration. Wir wollen ein **Einwanderungsgesetz**. Einwanderung, Flucht und Integration sind komplexe Themenbereiche. Für deren Bewältigung braucht es etwas mehr als nur zwei Sätze.

